

Helberger, Christof

Article — Digitized Version

Bildungsspezifische Einkommensunterschiede

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Helberger, Christof (1980) : Bildungsspezifische Einkommensunterschiede, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 7, pp. 351-355

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135460>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bildungsspezifische Einkommensunterschiede

Christof Helberger, Berlin

In den 60er Jahren wurde die Steuerung der Bildungsnachfrage durch kulturelle Normen und administrative Regelungen stark abgebaut. Individuelle Entscheidungsprozesse gewannen damit an Bedeutung. Eine wichtige Rolle bei der Bildungsentscheidung des einzelnen spielen sicherlich die Einkommenschancen. Bislang lagen hierüber allerdings relativ wenige Angaben vor. Jüngste Ergebnisse liefert Prof. Helberger im folgenden Beitrag.

Bildung ist eine soziale Aktivität, die sowohl aus der Perspektive der Gesellschaft als auch aus der Perspektive des einzelnen gesehen werden kann. Für beide Perspektiven sind zum Teil gemeinsame, zum Teil aber auch unterschiedliche Datenkonstellationen und Beurteilungskriterien relevant. Dieser Sachverhalt bildet die Voraussetzung dafür, daß individuelle Nachfrage und gesellschaftlicher Bedarf an Bildung divergieren können. Da die schulische Bildung ganz überwiegend vom Staat angeboten wird, führt dies in der Regel zu Problemen in der Abstimmung zwischen Bildungsangebot und Bildungsnachfrage.

Die beiden Perspektiven lassen sich kurz wie folgt charakterisieren: Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wird der wünschenswerte Umfang von Bildung beurteilt anhand des Qualifikationsbedarfs des Produktionsprozesses, des Qualifikationsbedarfs, den eine funktionsfähige moderne Demokratie erfordert, der Wohlfahrtssteigerung, welche die Mitglieder der Gesellschaft durch Bildung erreichen, und der Relevanz von Bildung als Mittel der Verteilungspolitik. Aus individueller Perspektive wird Bildung beurteilt als Instrument, um ökonomische Vorteile, insbesondere Einkommensvorteile, zu erringen, als Instrument, das den einzelnen zu

einer besseren Vertretung seiner Interessen im öffentlichen Leben befähigt, und als Instrument, das dem einzelnen zur privaten Daseinsbewältigung dient.

Die Zielbereiche auf der Ebene des Individuums korrespondieren mit denen auf der Ebene der Gesellschaft. Lediglich das vierte Makroziel hat keine Entsprechung auf der Individualebene, da es sich auf die Relation zwischen Individuen, nicht aber auf einzelne Individuen bezieht.

Fragt man nun nach Ansätzen oder Kriterien, die eine Beurteilung erlauben, welches Niveau der Bildungsbeteiligung optimal ist, zeigt sich schnell, daß begründete Antworten kaum verfügbar sind. Der viel verwendete Hinweis auf die Bildungsbeteiligungsraten vergleichbarer Länder kann allenfalls nachdenklich stimmen, stellt an sich aber noch kein Argument dar.

Ausgearbeitete Kalküle finden sich noch am ehesten für die ökonomischen Aspekte des Problems. Zu erinnern ist hierbei an den Manpower-Approach, den Social-Demand-Approach und den Ertragsratenansatz. Allerdings können auch sie nur eine sehr begrenzte Aussagekraft beanspruchen. Der Arbeitskräftebedarfsansatz entspringt dem Kalkül der Input-Output-Analyse und teilt ihre Schwächen: Das Problem der Prognose der Bildungsbedarfskoeffizienten ist nicht gelöst, und der Ansatz trägt dem Sachverhalt, daß es sich bei Bildungsentscheidungen um eine Optimierung von Kosten und Erträgen handelt, nicht hinreichend Rechnung.

Der Social-Demand-Approach leidet an der Unklarheit, daß der Umfang der artikulierten Nachfrage jeweils davon abhängig ist, unter welchen gesellschaftli-

Prof. Dr. Christof Helberger, 38, lehrt Wirtschaftspolitik, insbesondere Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, an der Technischen Universität Berlin und ist Mitglied des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ an den Universitäten Frankfurt und Mannheim.

chen Rahmendaten die privaten Bildungsentscheidungen getroffen werden (z. B. bei welchem Grad an Subventionierung der Bildungsbeteiligung). Die Argumentation mit Hilfe dieses Ansatzes gerät daher leicht in einen Zirkel.

Der Ertragsratenansatz schließlich trägt zwar dem Umstand Rechnung, daß es sich um ein Optimierungsproblem handelt, enthält aber so viele und schwerwiegende Zurechnungs- und Bewertungsprobleme, daß seine Aussagen ebenfalls wenig verlässlich sind.

Steuerung der Bildungsnachfrage

Wie erfolgt nun die Abstimmung von Angebot und Nachfrage nach Bildung faktisch? Institutionelle Vorgabe – jedenfalls in der Bundesrepublik – ist, daß die schulische Allgemeinbildung und zum Teil auch die berufliche Grundausbildung vom Staat organisiert und angeboten werden, während die übrige berufliche Ausbildung sowie die weiterführende und ergänzende Bildung überwiegend privat organisiert ist. Generell gibt es im wesentlichen drei Mechanismen für die Steuerung des Verhaltens der Bildungsnachfrage: administrative Regelungen, kulturell verankerte Wert- und Verhaltensmuster und Verhaltensanreize (insbesondere ökonomische Incentives).

In irgend einer Form sind diese drei Mechanismen zwar immer präsent, ihr relatives Gewicht kann aber sehr unterschiedlich sein. In der Bundesrepublik haben traditionell administrative Regelungen und kulturelle Verhaltensmuster dominiert. So stellte die Schulpflicht die institutionelle Untergrenze dar, während eine Rationierung der Ausbildungsplätze in weiterführenden Ausbildungsgängen, insbesondere beim Übergang ins Gymnasium und damit auch beim Zugang zur Universität, die Begrenzung nach oben bewirkte. Die institutionellen Regelungen wurden ergänzt durch stabile Vorstellungen über den Wert von Bildung. Das straff gegliederte dreistufige Schulsystem entsprach einer Gesellschaft, die sich aus getrennten sozioökonomischen Gruppen zusammensetzte. Ihnen entsprach jeweils ein Bildungsniveau, und es gehörte sich nun einmal für die Kinder einer sozialen Schicht, daß sie den ihrer sozialen Gruppe entsprechenden Schultyp besuchten.

Dieses System zur Abstimmung von Angebot und Nachfrage nach Bildung hat seit Anfang der 60er Jahre erhebliche Veränderungen erfahren. Die tradierten Einstellungen zu den Ausbildungsgängen haben unter dem Einfluß der sich verändernden Beschäftigtenstruktur, des gestiegenen Einkommensniveaus, der universalisierenden Wirkung des Fernsehens etc. viel

von ihrer Verbindlichkeit eingebüßt. Massive Bildungswerbung trug dazu bei, diesen Prozeß zu intensivieren. Zugleich wurden die restriktiven Regelungen weitgehend abgebaut: Verzicht auf Zulassungsprüfungen zu Gymnasien, Ausbau der Ausbildungsplätze, Umgestaltung der Curricula, Erhöhung der Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems durch neue oder ergänzende Schultypen u. a. Die Folge dieses Abbaues der Steuerung durch kulturelle Normen und administrative Regelungen ist ein Anstieg der Bedeutung von Verhaltensanreizen für die Steuerung der Nachfrage nach Bildung.

Diese Entwicklung war zweifellos ein auf breiter Basis befürworteter und gewollter Prozeß. Sie brachte auf dem Gebiet der Bildungspolitik eine Verringerung staatlichen Zwangs und eine Erweiterung individueller Entscheidungsfreiheit. Diese wurde zu einer drastischen Steigerung der Nachfrage nach Bildung genutzt. Die genannten Veränderungen bedeuten allerdings auch eine stärkere Verantwortlichkeit des einzelnen für die Konsequenzen seines Handelns. Das heißt insbesondere, die Bildungsnachfrager müssen die Folgen ihrer Entscheidung für ihre spätere Stellung auf dem Arbeitsmarkt in Rechnung stellen. Der Staat wird dadurch freilich keineswegs aus der Verantwortlichkeit für eine gelungene Abstimmung von Angebot, Bedarf und Nachfrage nach Bildung entlassen. Denn die Unzufriedenheit der Wähler bei mißlungener Abstimmung wird immer auf ihn zurückfallen.

Aufgrund des Rückgangs der Bedeutung kultureller Normen und administrativer Regelungen für die Steuerung des Bildungsverhaltens gewinnt die Analyse der individuellen Entscheidungsprozesse über das Bildungsverhalten an Interesse. Denn es hängt nunmehr weit stärker von den Präferenzen, Situationsdeutungen und Datenkonstellationen der Individuen ab, welche Entscheidungen von ihnen getroffen werden. Auch der Staat ist auf Informationen hierüber angewiesen, da er nunmehr in stärkerem Maße durch indirekt wirkende Maßnahmen, d. h. durch die Beeinflussung der Verhaltensanreize, steuern muß.

Ökonomische Faktoren

Eine zentrale Bedeutung haben in diesem Zusammenhang die ökonomischen Implikationen der Bildungsentscheidung für den einzelnen. Hierbei handelt es sich einerseits um die Einkommenserzielungschancen, andererseits um die Arbeitsqualität der Arbeitsplätze, die mit Hilfe der zur Disposition stehenden Ausbildungsgänge erreicht werden können. Über beide Bereiche bestehen in der Bundesrepublik bisher relativ

wenig Kenntnisse. Über die bildungsspezifischen Einkommensdifferenzen gibt es immerhin inzwischen erste präzisere Informationen. Sie lassen durchaus auf eine erhebliche Relevanz dieses Faktors schließen.

Einer der Datensätze, die zu diesem Problem herangezogen werden können, bezieht sich auf das Jahr 1969. Als Informationsbasis steht für dieses Jahr die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung. Dieser Datensatz enthält sehr gute Einkommensinformationen und bietet sich wegen seines großen Stichprobenumfangs (48 000 Personen) in besonderer Weise für detaillierte Analysen an. Leider ist jedoch das Merkmal Bildung in der Stichprobe nicht erhoben worden. Aus diesem Grunde wurde mit Hilfe eines relativ aufwendigen Verfahrens eine Verknüpfung dieses Datensatzes mit der Mikrozensuszusatzserhebung 1971, die Bildungsinformationen enthielt, vorgenommen. Das Verknüpfungsverfahren ist in meiner Arbeit „Bildung und Einkommensverteilung“ ausführlich beschrieben worden (erscheint demnächst im Campus Verlag). Aufgrund des engen Zusammenhangs der Variablen Bildung und Einkommen mit den Variablen, die zur Verknüpfung herangezogen worden sind – die Einkommensgrößenklasse war selbst eines der Verknüpfungsmerkmale –, kann davon ausgegangen werden, daß der Ergebnisdatensatz hinreichend zuverlässig ist.

Höchst rentierliche Investition

Anhand dieser Stichprobe ist für die erwerbstätigen Männer eine Regression errechnet worden, in die die Bildungsabschlüsse der Personen als erklärende Variable (Dummy-Variable) eingegangen sind. Abhängige Variable waren die Bruttoarbeitseinkommen. Berücksichtigt wurden die wichtigsten allgemeinbildenden und beruflichen Schulabschlüsse sowie der Abschluß einer Lehre. Der Wert des Bestimmtheitsmaßes von 0,136, der sich bei der Regression ergab, zeigt, daß der Bildungsabschluß keineswegs allein das Arbeitseinkommen einer Person bestimmt. Wie aber zu erkennen ist, sind die verschiedenen Bildungsabschlüsse im Durchschnitt mit stark steigendem Einkommen verbunden. Ein Hauptschulabschluß, der mit einer gewerblichen Lehre kombiniert wurde, führt zu einem Einkommen, das um 53 % über dem eines Hauptschulabsolventen ohne Lehre liegt. Ein Realschulabschluß mit kaufmännischer Lehre ist mit einer 67 %igen Einkommenssteigerung verbunden. Ein Fachhochschulabschluß führt zu dem 1,8fachen, ein Universitätsabschluß sogar zu dem 2,75fachen des Einkommens eines Hauptschulabsolventen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Bildungsspezifische Einkommensdifferenzen männlicher Erwerbstätiger

(Jährliche Bruttoarbeitseinkommen im Jahr 1969)

	DM	in %
Hauptschule ohne Lehre	8 392	100
Hauptschule mit gewerbl. Lehre	12 849	153
Realschule mit kaufm. Lehre	14 001	167
Arbeiter	13 082	156
Fachhochschulabschluß	15 184	181
Universitätsabschluß	21 569	257

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage des integrierten Mikrodaten-Mergefiles des Sonderforschungsbereichs 3.

Vereinheitlicht man das Maß für die Schulbildung, indem man für alle Bildungsabschlüsse die institutionelle Dauer der Ausbildung als Index verwendet, ergibt sich, daß im Durchschnitt über alle Personen und Ausbildungsstufen jedes zusätzliche Schuljahr das Einkommen um 9,5 % steigert. Selbst wenn man berücksichtigt, daß diese Einkommensvorteile, die sich auf die Bruttoeinkommen beziehen, durch die progressive Einkommensteuer etwas abgeschwächt werden, bedeuten Ertragsraten dieser Höhe, daß Bildung für den einzelnen – von allen sonstigen Vor- und Nachteilen abgesehen – eine höchst rentierliche Investition darstellt. Der steile Anstieg in der Nachfrage nach Bildung, der die Phase der Bildungsexpansion der Bundesrepublik kennzeichnet, ist ökonomisch insofern durchaus verständlich.

Gegen die oben aufgeführten Angaben kann eingewendet werden, daß eine Ertragsrechnung, wie sie dort angestellt wurde, irreführend ist. Insbesondere ist die unterschiedliche Länge des Erwerbslebens, in dem Einkommen bezogen wird, nicht in die Rechnung eingegangen. (Ein anderer Einwand besagt, daß der Bildungskoeffizient überhöht ausgewiesen wird, weil die individuellen Unterschiede in den Fähigkeiten und der Erziehung im Elternhaus nicht berücksichtigt werden.) Immerhin nimmt ein Hochschulabsolvent – unter den Bedingungen des Jahres 1975 – 20,3 Jahre an der Vollzeitausbildung teil, ein Hauptschulabsolvent jedoch nur 9,3 Jahre. Die höheren Einkommen der Hochschulabsolventen müssen also auf ein um 11 Jahre kürzeres Erwerbsleben verteilt werden.

Korrektweise ist bei einer solchen erweiterten Rechnung allerdings zu berücksichtigen, daß das Ruhestandsalter der Personen mit Hochschulabschluß – um bei dem genannten Beispiel zu bleiben – etwas höher liegt als das von Hauptschulabsolventen. Außerdem sind die Jahre in Vollzeitausbildung nicht ein Lebensabschnitt, in dem keinerlei Einkommen bezogen

wird. Das Einkommen von Schülern der Sekundarstufe II, insbesondere aber von Hochschülern, ist im Durchschnitt zwar niedriger als das der bereits berufstätigen Alterskollegen (insofern gibt es tatsächlich private Kosten der Ausbildung in Form von entgangenem Einkommen), die Sozialerhebungen des deutschen Studentenwerkes zeigen aber, daß auch die Hochschüler durch Unterstützungszahlungen seitens der Eltern wie der Ehepartner, durch Transfers des Staates und durch eigene Erwerbstätigkeit über ein nennenswertes Einkommen verfügen.

Es ist durchaus möglich, die genannten Faktoren in empirischen Berechnungen zu berücksichtigen. Dies kann z. B. im Rahmen von Simulationsmodellen geschehen. Mit Hilfe eines derartigen Modells, welches Einkommensbiographien generiert und in das Hypothesen über das Bildungsverhalten, die Erwerbstätigkeit, der Bezug von Markteinkommen und die staatliche Einkommensumverteilung eingehen, sind von mir Nettoglebenseinkommen, differenziert nach Bildungsabschlüssen, errechnet worden. Die Ergebnisse zeigen in der Tat eine Nivellierung gegenüber einer reinen querschnittsbezogenen Betrachtung (vgl. Tabelle 2).

Einkommensvorteile durch Bildung

Der Nivellierungseffekt ist jedoch beschränkt. Auch in der Lebensverlaufsbeurteilung verdient ein Universitätsabsolvent – bei den Einkommensverhältnissen von 1969 und einer Zeitdiskontrate von 0 – netto rund das 1,85fache dessen, was ein Hauptschulabsolvent im Verlauf seines Lebens erzielt (zum Vergleich: Universitätsabsolventen zu Hauptschulabsolventen mit und ohne Lehre im Querschnitt: 214 %). Auch eine vollständigere Berücksichtigung der ökonomischen Kosten und Erträge gelangt mithin zu dem Ergebnis, daß Bildung aus der Perspektive des einzelnen gesehen erhebliche Einkommensvorteile in Aussicht stellt. (Möglicherweise können die angegebenen Zahlen auch einen Beitrag leisten zur Erklärung, warum sich die Bildungsexpansion in erster Linie auf den Erwerb des Universitätsabschlusses richtete: Die Einkommensvorteile dieses Abschlusses sind mit Abstand am größten.)

Die vorstehenden Angaben sollten nicht so verstanden werden, daß sich die Nachfrage nach Bildung lediglich aus den bildungsspezifischen Einkommenschancen erklären ließe. Es erscheint aber realistisch, davon auszugehen, daß diese Einkommensdifferenzen für das Bildungsverhalten eine wichtige Rolle spielen.

Nun ist die Bildungsexpansion in den Jahren 1974/75 bekanntlich ins Stocken geraten. Die Übergangsquoten auf die weiterführenden Schulen sind seither nicht mehr gestiegen, eher gesunken. Die Nachfrage nach Bildung pendelt sich etwa auf jenem Niveau ein, das vom Bildungsgesamtplan angestrebt worden war. Für die staatliche Bildungspolitik bedeutete diese Entwicklung zweifellos eine dankbar aufgenommene Entlastung. Der Bedarf an niveaupolitischen Maßnahmen ist daher in der Bildungspolitik – abgesehen von der Lehrlingsausbildung – gegenwärtig gering. Das Ende der Bildungsexpansion legt die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung nahe.

Eine entscheidende Determinante war zweifellos die Ankündigung der öffentlichen Arbeitgeber, künftig die Anzahl der neu einzustellenden Lehrer drastisch zu senken. Bei starren Fächerpräferenzen der Bildungsnachfrager und einer geringen Substitutionalität der pädagogisch ausgebildeten Arbeitskräfte führte dies bei einer großen Zahl von Schülern zur Änderung ihrer Bildungspläne. Der allgemeine Einbruch auf dem Arbeitsmarkt spielte ebenfalls eine Rolle für das Abknicken der Bildungsexpansion. Dieser Einfluß der Arbeitsmarktlage ist durch die öffentliche Diskussion über die Beschäftigungschancen von Akademikern zusätzlich verstärkt worden. Während in der vorangegangenen Zeit eine intensive positive Bildungswerbung betrieben wurde, schlug sie nun in eine massive negative (Ab-)Werbung um.

Eine bedeutsame Frage ist in diesem Zusammenhang, inwieweit es sich bei dem Rückgang der Bildungsnachfrage um ein, vom individuellen Standpunkt gesehen, ökonomisch rationales Verhalten handelte oder inwieweit irrationale Angstreaktionen bzw. durch Fehlinformationen gesteuertes Verhalten vorlag. Im letzteren Fall wäre nämlich zu erwarten, daß der Nachfragerückgang nur vorübergehend ist und in den nächsten Jahren wieder mit einem Nachfrageanstieg zu rechnen ist. Maßgeblich sind hierbei die Auswirkungen der veränderten Bildungshäufigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und für die relativen Bildungserträge. Diese Fra-

Tabelle 2

Nettoglebenseinkommen nach Bildungsabschlüssen (Männliche Hauptschulabsolventen = 100)

Ohne Hauptschulabschluß	92
Hauptschule	100
Realschulabschluß	115
Hochschulreife	131
Fachhochschulabschluß	128
Universitätsabschluß	185

Quelle: Eigene Berechnungen mit Hilfe des mikroanalytischen Simulationsmodells des Sonderforschungsbereichs 3.

ge wird von der Arbeitsmarkttheorie uneinheitlich beantwortet. Je nachdem, ob man von einem funktionierenden Preismechanismus oder von einem Mengenanpassungsmechanismus ausgeht, lassen sich nivellierte oder konstante Ertragsraten für Bildung als Folge einer Bildungsexpansion prognostizieren. Beide Mechanismen schließen sich aber keineswegs aus, und am wahrscheinlichsten ist eine Kombination zwischen ihnen.

Leider gibt es in der Bundesrepublik zu diesem Problem bisher keine Informationen in Zeitreihenform, mit denen sich die Frage empirisch untersuchen ließe. Die Auswertung eines relativ kleinen Samples von Arbeitnehmern, das 1978 erhoben wurde – es handelt sich um den Mannheimer Wohlfahrtssurvey –, scheint auf diese Kombination von Effekten hinzudeuten: Die Ertragsrate auf Schulbildung ist, verglichen mit 1969, um ca. 15 % gefallen. Gleichzeitig ist aber auch die Erklärungskraft der Schulhypothese für das Einkommen zurückgegangen.

Sofern dieses Ergebnis kein Artefakt der geringeren Stichprobengröße ist, bedeutete dies, daß der Rückgang der Bildungsnachfrage von einer Verschlechterung der Ertragsrate begleitet wurde oder – je nach Interpretation – induziert bzw. gestützt wurde. Wie sich dies auf die zukünftige Entwicklung der Bildungsnach-

frage auswirkt, ist gegenwärtig schwer zu beurteilen. Sie hängt nicht nur von der Entwicklung der Ertragsrate, sondern auch von weiteren Faktoren ab, über die man bisher wenig weiß. Auch nach einer 15 %igen Verringerung der Ertragsrate sind die ökonomischen Vorteile eines höheren Bildungsabschlusses allerdings für die Ausgebildeten noch so erheblich, daß eine Fortsetzung des Anstiegs der Bildungsnachfrage wahrscheinlich ist.

Falls sich im Zuge einer solchen Entwicklung erneut bildungspolitische Maßnahmen als erforderlich erweisen, um Diskrepanzen zwischen politisch angestrebtem Niveau der Bildungsbeteiligung und der privaten Bildungsnachfrage zu vermeiden, sollte sorgfältig überlegt werden, ob die Bildungspolitik wiederum auf administrative Regelungen (z. B. Numerus clausus) zurückgreifen will oder ob von indirekt wirkenden Mitteln Gebrauch gemacht werden sollte. Neben einer erneuten Intensivierung der Bildungswerbung ist hierbei an eine stärkere Verwendung des Konzepts der „re-current education“ und an die Beeinflussung der Attraktivität von Bildung zu denken. Dies kann auf dem Wege über die Bildungskosten (Variation des Subventionierungsgrades der weiterführenden Bildungsgänge) oder durch die Beeinflussung der Bildungserträge geschehen (Anpassung der Löhne, der Einstellungskriterien, des öffentlichen Laufbahnrechts etc.).

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Klaus Boiz (Hrsg.)

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN OSTEUROPAS ZUR JAHRESWENDE 1979/80

Die Abteilung Sozialistische Länder und Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen des HWWA-Instituts erarbeitet seit nunmehr acht Jahren jeweils zu Jahresbeginn eine nach Ländern getrennte Übersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse des vorangegangenen Jahres sowie über die Entwicklungstendenzen des jeweiligen laufenden Jahres in den Ländern des RGW. Obwohl die Gliederung der Texte gegenüber den vorangegangenen Berichten geändert worden ist, bleibt auf der Ebene der Unterpunkte, die sich den einzelnen volkswirtschaftlichen Bereichen widmen, weiter die Möglichkeit zum Vergleich mit den früheren Berichten erhalten. In dieser Untersuchung wurden Materialien berücksichtigt, die bis Ende März 1980 vorlagen. Umfang und Aktualität des analysierten Datenmaterials stellen somit Orientierungs- und Entscheidungshilfen dar, die in dieser geschlossenen Form kaum an anderer Stelle zu erhalten sind.

Oktav, 273 Seiten, 1980, Preis brosch. DM 24,-

ISBN 3-87895-192-2

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G